

# TAFELMARSCH

# Soziale Sicherheit statt Aufrüstung!



**Fr, 24. Oktober**

**Treffpunkt: 16.30 Uhr, Schillerpark/Linz**  
**Abschlusskundgebung: 18 Uhr, vor der**  
**ÖVP-Zentrale (Gleißner-Haus)**

*AufruferInnen:*

*Alternative und Grüne GewerkschafterInnen, ATIGF, DIDF,  
Friedenswerkstatt Linz, GRAS, Grün-Alternative Jugend, Grüne Linz,  
KPÖ, ÖGB-Bildungsreferat, Österreichische Gewerkschaftsjugend,  
Sozialistische Jugend OÖ, Sozialplattform OÖ, VSSStÖ, uvm.*

Während öffentliches Eigentum verscherbelt und Pensionen gekürzt werden, während im Bildungs- und Gesundheitsbereich gespart wird, wird bei der Rüstung Gas gegeben. Die Ausgaben für Waffenankäufe steigen von 2001 bis 2004 um das Fünffache (ohne Eurofighter!). Die Eurofighter sollen nun (inkl. Betriebskosten und Übergangsfinanzierung) bis zu 6 Milliarden Euro (über 80 Milliarden ATS) kosten - das entspricht dem Siebenfachen der jährlichen Gesundheitsausgaben des Bundes oder 750 Euro (über 10.000 ATS) für jede/n Österreicher/in. Die Flugstunde eines Eurofighters verschlingt die durchschnittliche Jahrespension einer Frau. Der Ankauf der Eurofighter und die Aufstockung des österreichischen Rüstungsbudgets sind Vorleistungen für die Teilnahme Österreichs an der EU-Interventionsarmee, die für Militäreinsätze in einem Umkreis von 4.000 Kilometern um die EU - d. h. von Kongo bis zur kaspischen Region - rüstet. Hand in Hand damit geht die Umwandlung des Bundesheeres in eine Profitruppe für Angriffskriege und Aufstandsbekämpfung. Mit der Privatisierung der Verstaatlichten Industrie schreitet die direkte bzw. indirekte Anbindung an die europäische Rüstungsindustrie voran.

Sozialabbau und Privatisierung einerseits - Aufrüstung und Kriegsvorbereitung andererseits sind zwei Seiten einer Medaille. Das Pro-Kopf-Einkommen in 80 Ländern liegt heute niedriger als vor zehn Jahren, in der EU ist die Lohnquote (der Anteil der ArbeitnehmerInnen am Volkseinkommen) seit den 80er-Jahren um 10% gesunken. Gleichzeitig prognostiziert der Eurofighter-Produzent EADS eine Steigerung der Rüstungsbeschaffungsbudgets in der EU und den USA bis zum Jahr 2010 um mehr als 50%. Mit dem Entwurf für eine EU-Verfassung soll nun sogar die Verpflichtung (!) zu Aufrüstung und zu einer neoliberalen Wirtschaftspolitik in Verfassungsrang erhoben werden.

**Wir sagen Nein zu dieser Politik! Wir treten ein**

- ▶ **Für den sofortigen Ausstieg aus dem Eurofighter-Vertrag!**
- ▶ **Für die Umschichtung der öffentlichen Gelder - weg von der Aufrüstung in Richtung Soziales, Bildung und Gesundheit!**
- ▶ **Für Privatisierungs- und Ausverkaufsstopp!**
- ▶ **Für die Umsetzung der Forderungen des Friedensvolksbegehrens - Aktive Neutralitätspolitik statt Teilnahme an Militärinterventionen im Rahmen von EU-Armee oder NATO!**

# Friedens- Volksbegehren

**Jetzt unterstützen!**



Weitere Informationen im Internet unter [www.friedensvolksbegehren.at](http://www.friedensvolksbegehren.at)

Bitte dieses Feld für Prüfvermerke der Bundeswahlbehörde freihalten!

## Unterstützungserklärung

Der (Die) Gefertigte unterstützt hiermit den Antrag auf Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren betreffend folgende, durch Bundesgesetz zu regelnde Angelegenheit:

[Volksbegehren]	[Allfällige Kurzbezeichnung] <b>Friedensvolksbegehren</b>
Volksbegehren für Friedenspolitik durch aktive Neutralität statt NATO-Anbindung und Beteiligung an einer EU-Armee	
Stark umrandeter Bereich vom (von der) Unterstützungswilligen auszufüllen!	Vor- und Familienname des (der) Unterstützungswilligen
	Wohnort
	Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)
Raum für allfällige gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der nebenstehenden Unterschrift	Eigenhändige Unterschrift

## Bestätigung der Gemeinde

Die nachstehende Gemeinde bestätigt, dass der (die) Unterstützungswillige in der Wählerevidenz als wahlberechtigt eingetragen ist und in dieser Gemeinde den Hauptwohnsitz hat.

Stark umrandeter Bereich von der Gemeindebehörde auszufüllen (Zureifendes anzukreuzen!)	Gemeinde		
	Politischer Bezirk, Verwaltungsbezirk, Statutarstadt, Wiener Gemeindebezirk	Land	ggf. Sprengel Nr.
	Die eigenhändige Unterschrift auf der Unterstützungserklärung		
	<input type="checkbox"/> wurde vor der Gemeindebehörde geleistet.	<input type="checkbox"/> war gerichtlich beglaubigt.	<input type="checkbox"/> war notariell beglaubigt.
Datum (Tag, Monat, Jahr)	Gemeindesiegel	Unterschrift	

- Die Unterschrift muss vor der Hauptwohnsitz-Gemeinde geleistet werden!
- Amtlichen Lichtbildausweis nicht vergessen!

Bitte die Unterstützungserklärung nach der Bestätigung der Gemeinde senden an:  
Plattform Neutralität statt Euro-Armee, p. A. Friedenswerkstatt Linz, Waltherstr. 15b, 4020 Linz

## Volksbegehren für Friedenspolitik durch aktive Neutralität statt NATO-Anbindung und Beteiligung an einer EU-Armee

Wir beantragen gesetzliche Maßnahmen, mit denen die Bundesregierung zu einer Friedenspolitik im Sinne folgender Zielstellungen verpflichtet wird:

- Die Republik Österreich bekennt sich im Sinne des Bundesverfassungsgesetzes über die Neutralität Österreichs BGBl 1955/211 zu einer aktiven Neutralitätspolitik. In diesem Sinne orientiert sich die Außen- und Sicherheitspolitik an den Prinzipien des Dialogs, der Konfliktvermeidung, der friedlichen Konfliktregelung und der internationalen Solidarität.
- Die Republik Österreich darf keine SoldatInnen, keine Waffen, keinen Euro für eine EU-Armee bereitstellen. Sämtliche Zusagen der Bundesregierung in diesem Zusammenhang werden widerrufen. Die Republik Österreich wird keine militärische Beistandsverpflichtung in der Europäischen Union eingehen. Der Nationalrat streicht den neutralitätswidrigen Artikel 23f B-VG aus der Verfassung.
- Die Republik Österreich beendet die Beteiligung an der „NATO-Partnerschaft für den Frieden“ und wird auch der NATO nicht beitreten. Sämtliche gesetzliche und verwaltungsrechtliche Bestimmungen in diesem Zusammenhang werden außer Kraft gesetzt.
- Alle Vorhaben, das Bundesheer in Richtung Angriffsfähigkeit umzurüsten, und die dazugehörigen Aufrüstungspläne (Kampffjets, Großraumtransporter, etc.) werden gestoppt und jegliche Vorbereitungsmaßnahmen rückgängig gemacht. Wir fordern soziale Sicherheit statt Aufrüstung.

Nähere Informationen zum Friedensvolksbegehren:  
**[www.friedensvolksbegehren.at](http://www.friedensvolksbegehren.at)**

Imp.: Friedenswerkstatt Linz, Waltherstr. 15b, 4020 Linz, Tel. 0732/771094,  
e-mail: [friwe@servus.at](mailto:friwe@servus.at), Web: [www.friwe.at](http://www.friwe.at)